

## Schwarz-rotes Wirtschaftsprogramm Mehr Schatten als Licht



**BERTRAM BROSSARDT**

Die neue schwarz-rote Bundesregierung hat ihre Arbeit nach langen Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Aus Sicht der Wirtschaft ist das Ergebnis der Verhandlungen durchwachsen. Zwar sind wichtige Wirtschaftsangelegenheiten im Koalitionspapier berücksichtigt. Daneben gibt es aber auch schmerzhaftes Entscheidungen. Die tatsächlichen Auswirkungen der Vereinbarungen auf die deutsche Wirtschaft werden sich erst mittelfristig zeigen.

### Wirtschaft allgemein

Die Koalitionsvereinbarung betont den hohen Stellenwert der deutschen Wirtschaft und bekennt sich ausdrücklich zu einer starken Industrie und ebenso zu Mittelstand, Handel, Handwerk und Freien Berufen. Die Nachhaltigkeitsstrategie setzt mit Innovation, Investitionen, Fachkräftesicherung und Internationalisierung auf die richtigen Themen. Die Vollendung des EU-

Binnenmarktes und die 1:1-Umsetzung von EU-Vorgaben sind richtige Ziele. Ebenso die Stärkung eines freien und fairen Welt-handels.

### Bildung und Forschung

Mit einer länderübergreifenden Strategie „digitales Lernen“, der leichteren Anerkennung von Abschlüssen von Migranten und der Fortführung von Exzellenzinitiativen des Hochschulpakts und der Aufstockung der Grundfinanzierung von Hochschulen sind wichtige Zukunftsthemen aufgenommen.

Das Herausstellen einer konsequenten Hochschulforschung und die erklärte Absicht, die F+E-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt bei drei Prozent zu verstetigen, sind von der Wirtschaft erhobene Minimalziele. Die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung hätte zu zusätzlichen wichtigen Investitionen in Deutschlands Zukunft geführt.

### Verkehrsinfrastruktur

Die Erhöhung der Bundesmittel für die Verkehrsinfrastruktur um 5 Milliarden Euro für die kommenden vier Jahre und die vorgesehene Mehrjährigkeit im Verkehrshaushalt sind ebenso wichtige wie notwendige Schritte zur Finanzierung anstehender Sanierungen und Baumaßnahmen. Die geplante Pkw-Maut kann dazu einen weiteren Beitrag leisten. Es ist zu begrüßen, dass Netto-Einnahmen aus der Nutzerfinanzierung ohne Abstriche in die Verkehrsinfrastruktur investiert werden sollen. Um tatsächlich die Infrastruktur vollständig zu sanieren und alle wichtigen Projekte umsetzen zu können, sind ein sukzessiver weiterer Mittelanstieg und angemessene Vorratsplanungen aber unabdingbar.

### Energiewende

Eine grundlegende Reform des EEG soll bis April 2014 von der Bundesregierung beschlossen werden. Altanlagen genießen Bestandsschutz, für neue Anlagen soll die EEG-Förderung kontinuierlich gesenkt werden. Der Ausbau des Ökostromanteils auf 55 bis 60 Prozent bis 2035 ist sehr ambitioniert. Die Festlegung eines gesetzlichen Ausbaukorridors soll zur Planungssicherheit beitragen. Die Absicht, den europäischen Binnenmarkt für Energie zu entwickeln, ist zu begrüßen.

Die besondere Ausgleichsregelung für energieintensive Unternehmen soll bestehen bleiben, aber um Missbrauchsfälle bereinigt und EU-rechtskonform gestaltet werden. Zu welchem Regelungsgehalt das letztlich führt, lässt sich derzeit nicht sagen.

Positiv zu bewerten ist, dass die Rolle der konventionellen Kraftwerke für die Versorgungssicherheit erkannt wird und ein Bekenntnis zu möglichen regionalen Lösungen enthalten ist.

Es hätte allerdings zu Berechenbarkeit und Planungssicherheit beigetragen, wenn bereits im Koalitionspapier die einzelnen Schritte zur Neugestaltung des Energiemarktes konkret beschrieben worden wären.

Um den Energieverbrauch der Gebäude zu senken, soll das KfW-Gebäudesanierungsprogramm aufgestockt werden. Das ist positiv. Bedauerlich ist allerdings, dass die degressive steuerliche Abschreibung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung nicht mehr im Koalitionspapier enthalten ist. Damit würde eine große Chance zur Einsparung von Energie und CO<sub>2</sub> nicht genutzt. >> Seite 2

*„Wir wünschen allen Mitgliedern ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Jahr.“*

## Finanzmarktregulierung

Die besondere Bedeutung des deutschen 3-Säulen-Modells und der Langfristfinanzierung für die Wirtschaft wird bekräftigt. Besonderheiten, vor allem der kleineren und regional tätigen Banken, sollen bei der Bankenaufsicht berücksichtigt werden. Ohne die Finanzierung der Realwirtschaft durch das bewährte Universalbankensystem zu gefährden soll eine strikte Trennung von Investment- und Geschäftsbanking eingeführt werden. Zu begrüßen ist, dass dies auf europäischer Ebene umgesetzt werden soll und zwar ohne Verschärfung in deutschen Gesetzen. Ebenfalls im Rahmen europäischer Regelungen soll die Finanztransaktionssteuer kommen. Negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft, auf die private Altersvorsorge und auf Kleinanleger sollen vermieden werden. Wie dies geschehen soll, wird aber nicht gesagt.

Zu begrüßen ist, dass die Vergemeinschaftung von Staatsschulden (Euro-Bonds, Schuldentilgungsfonds) wie bisher abgelehnt wird und die beschlossenen Regelungen zum Fiskalpakt bestätigt werden. Positiv ist auch, dass der Rettungsschirm ESM die Möglichkeit, Banken direkt zu rekapitalisieren, nur als Ultima Ratio erhalten soll. Zunächst müssen die Eigen- und Fremdkapitalgeber sowie der Heimatstaat der betroffenen Bank zur Rettung herangezogen werden. Weitere Voraussetzung ist der Aufbau eines europäischen Abwicklungsmechanismus und die Übernahme der Bankenaufsicht durch die EZB.

## Renten

Die milliardenschweren zusätzlichen Ausgaben in der Renten- und Pflegeversicherung führen zu erheblichen Belastungen. Die höhere Rente für Mütter von vor 1992 geborenen Kindern, die abschlagsfreie Rente für Personen ab 63 Jahren mit 45 Beitragsjahren, die solidarische Lebensleistungsrente und die weiteren Vorhaben bei den Sozialleistungen werden Beitrags- und Steuerzahler voraussichtlich mit mehr als 20 Milliarden

Euro belasten. Der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung von zwei Milliarden Euro ist zu begrüßen, aber bei weitem zur Deckung der Zusatzkosten nicht ausreichend. Höhere Beitragssätze zur Rentenversicherung sind zu erwarten. Mittelfristig dürfte es zu einem Anstieg der Lohnzusatzkosten kommen, was angesichts der ohnehin hohen Arbeitskosten kritisch ist. Unser Ziel muss ein Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung von unter 40 Prozent bleiben.

## Arbeit

Insgesamt sehen wir leider eine Tendenz hin zu mehr Regulierung und weniger Freiheit. Der gesetzliche Mindestlohn hat wohl die direktesten negativen Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Wir erwarten Beschäftigungsverluste, vor allem in den neuen Ländern. Immerhin soll der gesetzliche Mindestlohn erst zum 1. Januar 2015 und bei laufenden Tarifverträgen erst zum 1. Januar 2017 in Kraft treten. Wichtige Einzelheiten, z.B. über Ausnahmeregelungen für Saisonarbeiter, nach Stückzahl Entlohnenden, Auszubildenden oder Praktikanten stehen noch aus.

Positiv ist, dass von der angekündigten Neuregelung für die Zeitarbeit bestehende Tarifverträge unberührt bleiben. Die geplante Begrenzung der Überlassungsdauer auf 18 Monate erscheint vertretbar, weil längere Zeiträume durch Betriebsvereinbarung geregelt werden können. Equal Pay darf aber nur in Branchen ohne tarifliche Regelung greifen. Bei den Werkverträgen gilt es jetzt, den gefundenen Kompromiss sachgerecht umzusetzen, um die Funktionalität dieses wichtigen Instruments für eine arbeitsteilige Wirtschaft zu erhalten. Erfreulich ist, dass es für befristete Arbeitsverhältnisse keine neuen Einschränkungen gibt. Zu begrüßen ist auch die Absicht, die Tarifeinheit durch Gesetz wieder herzustellen.

## Gesundheit

Die Versicherungsbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung werden bei 14,6 Pro-

zent festgeschrieben, zur Hälfte zu tragen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Hinzu kommen von den Krankenkassen individuell festzulegende Zusatzbeiträge, die auf die Arbeitnehmer entfallen. Ein im Vergleich der diskutierten Pläne zur Bürgerversicherung und der paritätischen Finanzierung akzeptables Ergebnis.

## Steuern

Steuererhöhungen sind nicht geplant. Das ist zu begrüßen, ebenso wie die Entscheidung, ab 2015 keine neuen Schulden mehr zu machen. Wie die vorgesehenen zusätzlichen Ausgaben finanziert werden sollen, bleibt allerdings zumindest in Teilen offen. Bedauerlich ist, dass das Thema kalte Progression nicht angegangen wird.

## Demografie / Zuwanderung

Der demografische Wandel wird ausdrücklich als wichtiges Thema herausgestellt – auch wenn die Rentenpläne das kaum erkennen lassen. Einen Demografie-Check für Gesetzesvorhaben sowie eine Fachkräfteoﬀensive für Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufe sind zu begrüßen. Richtig ist auch die Stärkung von Zuwanderung und Integration, ebenso die Haltung, dass von Zuwanderern eigene Integrationsanstrengungen erwartet werden.

## Fazit

Insgesamt muss man aus Sicht der Wirtschaft sagen: Es gibt mehr Schatten als Licht. Die befürchtete Rolle rückwärts ist ausgeblieben, aber zu viele Chancen für Reformen bleiben ungenutzt. Jetzt gilt es, bei der Ausgestaltung der einzelnen Vorhaben sachgerechte Lösungen zu finden, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten.



**Hauptgeschäftsführer**  
**vbw – Vereinigung der Bayerischen**  
**Wirtschaft e. V.**

## Wir begrüßen herzlich unsere neuen Mitglieder

- Karel Schweiss, München
- Marcus F. Demmelmaier, MBR, München
- SeniVita Seniorenhäuser GBL GmbH, Ass. Jur. Kai. A. Kasri, Piding
- Sky Deutschland AG, Unterföhring
- Barkenstein GmbH, Alexander von Barkenstein, Grünwald
- Manfred Seibold, Landshut
- Odo Stüttgen Aus- u. Weiterbildung für Verkehr u. Logistik, Landshut
- Dr. Hans Peter Müssig, Parkstein

Anzeigen im  
**KOMPASS**  
bringen Kontakte!

Die aktuellen Preise und Formate finden Sie auf der letzten Seite dieser Ausgabe. Oder laden Sie sich die Mediadaten als PDF selbst hoch: geben Sie hierfür in Ihrem Internet-Browser: <http://db.tt/QmobHvPD> ein und Ihnen wird automatisch die PDF übertragen.

## Impressum

### Herausgeber:

Wirtschaftsbeirat der Union e.V.,  
Odeonsplatz 14, 80539 München,  
Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518,  
[www.wbu.de](http://www.wbu.de),

**V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann,  
**Redaktionsschluss:** 16.12.2013,

**Produktion:** Weltbuch Verlag GmbH,  
[www.weltbuch.com](http://www.weltbuch.com)



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

das Jahr 2013 ist zu Ende. Böse Überraschungen sind ausgeblieben. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung war insgesamt ganz passabel. Es gab keine neuen Turbulenzen an den Finanzmärkten. Die Konjunktur hat nach einem schwachen Winterhalbjahr wieder Fahrt aufgenommen. Vom Arbeitsmarkt kommen weiterhin gute Zahlen. Die Steuereinnahmen steigen ungebrochen.

Anfang Dezember kam es sogar noch zu einer Einigung, die man kaum noch für möglich gehalten hätte: Die 159 Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) haben sich nach über zehnjährigen Verhandlungen, die 2001 in Doha begonnen hatten, Anfang Dezember in Bali erfreulicherweise auf den weiteren Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen geeinigt. Ob uns das allein in den ersten fünf Jahren einen Zuwachs an ge-

samtwirtschaftlicher Leistung von 60 Mrd. Euro bringen wird, wie vom DIHK vorhergesagt, will ich einmal dahingestellt sein lassen. Aber dass der Exportvizeweltmeister Deutschland von jeder weiteren Liberalisierung des Welthandels überdurchschnittlich profitiert, liegt auf der Hand. Auch der erfolgreiche Abschluss des Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens (TTiP) ist deshalb in unserem Interesse.

Politisch war 2013 eher ein Jahr des Stillstands. Mit Blick auf die Bundestagswahl im Herbst wurden viele Entscheidungen auf die Zeit nach der Wahl vertagt. Das Ergebnis war dann nicht so, dass es eine rasche Regierungsbildung ermöglicht hätte. Langwierige Koalitionsverhandlungen, die beiden Seiten erhebliche Kompromissbereitschaft abgefordert haben, waren die Folge. Aus Gegnern im Wahlkampf mussten erst Partner in einer gemeinsamen neuen Regierung werden. Mittlerweile hat sich der Pulverdampf verzogen. Nach dem positiven Mitgliederentscheid der SPD Mitte Dezember war der Weg frei für eine neue große Koalition von CDU, CSU und SPD. Angela Merkel ist wieder zur Bundeskanzlerin gewählt worden. Die neue Regierung steht. Bayern ist in ihr mit erneut drei Ministern stark vertreten. Zur Erinnerung: In der letzten Großen Koalition waren es nur zwei.

Nach dem monatelangen Stillstand muss die schwarz-rote Koalition jetzt zügig loslegen. „Da mach´ ma erst mal nix, dann schau´n ma mal, dann seh´n ma scho“, um ein geflügeltes Wort von Franz Beckenbauer aufzugreifen, kann und darf das Motto nicht sein. Das gilt vor allem für die Energiepolitik, die nicht einfach so fortgeschrieben werden kann, sondern rasch neuen Regeln unterworfen werden muss, wenn die

Ziele „Sicherheit, Bezahlbarkeit und Klimafreundlichkeit“ nicht vollends unter die Räder geraten sollen. Der Wirtschaftsbeirat hat das oft genug betont.

Wo der Koalitionsvertrag als Grundlage für eine zukunftsichernde Wirtschaftspolitik taugt und wo nicht, hat Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw, in seinem Leitartikel kurz und prägnant herausgearbeitet. Ich will dessen Ausführungen nur in einem Punkt ergänzen, der international immer wieder Wellen schlägt. Gemeint sind die Exportstärke der deutschen Wirtschaft und die hohen Export- und Leistungsbilanzüberschüsse, die wir seit Jahren erzielen. Gegenüber Kritik an unserer Exportkraft müssen wir uns kategorisch verwahren. Weder uns noch Europa wäre mit einer gezielten Verschlechterung unserer Wettbewerbsfähigkeit gedient. Am Abbau der Überschüsse sollte dagegen über eine Stärkung der Binnennachfrage gearbeitet werden. Wertvolle Güter gegen immer höhere Forderungen an das Ausland einzutauschen, die nur auf dem Papier stehen, kann auf Dauer nicht unser Ziel sein. Der Hebel für höhere Importe liegt dabei nicht in der Stärkung des Konsums durch überhöhte Lohnabschlüsse, sondern in einer gezielten – steuerlichen – Ankurbelung der inländischen Investitionstätigkeit. Es geht in diesem Zusammenhang auch darum, die heimische Ersparnis in eine produktive Verwendung zu lenken. Auch darauf sollte sich der Fokus der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren richten.

Ich wünsche Ihnen ein gutes neues Jahr 2014.

Herzlichst  
Ihr **JÜRGEN HOFMANN**



## VERMÖGENSNACHFOLGE FÜR UNTERNEHMER

Die schlimmsten Fehler beim Vererben und Verschenken von Betriebs- und Privatvermögen – rechtlich, steuerlich und auch zwischenmenschlich – und wie Sie es besser machen können. Eine spannende Darstellung anhand von Fallbeispielen aus der täglichen Praxis eines Anwalts für Erbrecht.

[www.hds-verlag.de](http://www.hds-verlag.de)

Dr. Thomas Fritz Rechtsanwältin  
Montenstrasse 11 • 80639 München  
[www.drthomasfritz.de](http://www.drthomasfritz.de)



# Naturkundemuseum Bayern

## Eine Vision nimmt Gestalt an



Foto: Claudia Reiter

**PROF. DR. GERHARD HASZPRUNAR**  
Generaldirektor der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns

Allerorts wird beklagt, es gäbe viel zu wenig Nachwuchs in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und schon in wenigen Jahren wäre dies die zentrale Problematik der deutschen, stark technikbasierten Wirtschaft. Ins gleiche Horn stoßen viele Umweltexperten und konstatieren eine „substanzielle Wissenserosion“ im Bereich Artenvielfalt und Ökologie. Und nicht minder jammern die Ärzte, die zunehmend Schwierigkeiten haben, selbst relativ einfache gesundheitsfördernde Maßnahmen wie Impfungen oder Ernährungsbewusstsein an die breite Bevölkerung erklärend heran zu bringen.

In der Tat, Mathematik, Technik und Naturwissenschaften haben den Nimbus des hohen Anspruchs und der nicht selten abstrakten Thematik nie ganz ablegen können. Und nicht zuletzt die Tatsache, dass

das Faktenwissen dieser Fächer sich aktuell etwa alle 4-5 Jahre verdoppelt, macht jeden klassischen Ansatz der Wissensvermittlung nahezu hoffnungslos. Nahezu: Denn wer sich jemals an einem trüben Wochenende in die „Spielerische Naturkunde“ des Museums Mensch und Natur gewagt hat, das eher versteckt im Nordflügel des Nymphenburger Schlosses gelegen ist, der weiß: Hier tobt das Leben, hier ist Neugier, Spaß und Begeisterung im Spiel, genau hier liegt die Schmiede für künftige Kader der Naturwissenschaften.

„Wenn Erwachsene ins Museum gehen und es wirklich gut finden, dann sagen sie zu meist in den nächsten Jahren: Da war ich schon“, erläutert Prof. Dr. Gerhard Haszprunar, Generaldirektor der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns – SNSB, wo das beliebte Museum die zentrale Ausstellungsplattform darstellt. „Wenn Kinder hingegen zwei Stunden Spaß haben und tolle Dinge erleben, sagen sie nach zwei Wochen: Da will ich wieder hin!“ Viele Kinder haben den ersten Kontakt mit dem Museum über eine der mehr als 1.000 Schulklassen, die jedes Jahr im Museum fachdidaktisch betreut werden – und viele kommen gerne wieder und immer wieder, gibt es doch so viel zu entdecken im Reich der Bio- und Geowissenschaften. Hier wird Interesse und Begeisterung für Naturwissenschaft geweckt, hier wird jene Neugier gepflegt, ohne die es Forschung und Entwicklung nicht geben kann.

Einen Haken hatte die Sache bislang allerdings: „Der Mangel an Fläche und die unzureichende Museumsinfrastruktur sind unsere Achillesferse“, meint Museumsleiter Dr. Michael Apel. Das betrifft nicht nur die Ausstellungsfläche, die weit hinter anderen

deutschen Naturkundemuseen wie etwa in Berlin, Frankfurt, Stuttgart oder Karlsruhe zurückfällt, auch Pädagogikräume, Gastronomie und Werkstätten entsprechen bei weitem nicht dem, was man für das meistbesuchte Naturkundemuseum Bayerns erwarten müsste.

Doch das soll bald der Vergangenheit angehören, denn große Pläne schicken sich an, Wirklichkeit zu werden. Durch den Auszug von Universitätsinstituten wurde eine große, direkt angrenzende Fläche frei, ideal für eine substanzielle Erweiterung. Und nach mehrjährigen intensiven Vorbereitungsarbeiten gab der Bayerische Landtag im Dezember des Vorjahres grünes Licht zum „Naturkundemuseum Bayern“. Ausschlaggebend dafür war der großartige Einsatz eines neu gegründeten Förderkreises mit IKH Prinzessin Auguste zur Lippe an der Spitze und Prof. Dr. Randolf Rodenstock an ihrer Seite. Mehr als 1 Million Euro sind durch großzügige Spenden bereits zusammen gekommen, eine Summe, die auch die Politik überzeugt hat. Und auch die neue Landesregierung steht zum gefassten Beschluss, ist das Naturkundemuseum Bayern doch auch Teil der aktuellen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

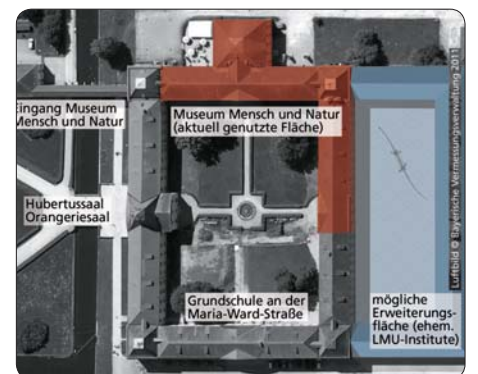
Seit Anfang Oktober läuft nach jahrelangen Vorbereitungen und in Abstimmung mit der Landeshauptstadt München der international ausgeschriebene Architektenwettbewerb. Mehr als 30 Architekturbüros stellen sich bis Jahresende der Herausforderung, im Rahmen des Ensembleschutzes des Schlosses Nymphenburg einen modernen, ästhetisch ansprechenden und funktionellen Rahmen für die Darstellung der vielen attraktiven Exponate der SNSB zu entwerfen. Ein vielköpfiges Jurorenteam >> Seite 5



Eines der bedeutendsten Objekte, das im neuen Naturkundemuseum Bayern zu sehen sein wird, ist das so genannte „Münchner Exemplar“ des Urvogels Archaeopteryx. Foto: Bayerische Staatssammlung für Paläontologie und Geologie



Ein Museum zum Staunen – so wie hier bei der Fossilplatte eines Pfeilschwanzkrebses aus dem Jura. Foto: Museum Mensch und Natur



Lageplan des Museums sowie der für die Erweiterung zur Verfügung stehenden Fläche. Luftbild: Bayerische Vermessungsverwaltung

>> Fortsetzung von Seite 4

wird dann Ende Februar 2014 das Siegermodell ermitteln, der Beginn der Bauarbeiten ist für 2015 avisiert.

Alles paletti? Nicht ganz, denn ohne weitere Unterstützung wird es nicht gehen. Der Förderkreis setzt seine Aktivitäten fort, um mit den eingehenden Spenden die Inneneinrichtung des Museums zu unterstützen. „Nur dann, wenn Bürgerwille und -initiative mit staatlicher Planung und Expertise zusammenarbeiten, wird das NaMu-Bayern ein international beachtetes Leuchtfeuer der Naturwissenschaften werden können“ meint die Vorsitzende, Prinzessin Auguste zur Lippe, selbst studierte Biologin und begeisterte Fürsprecherin des Projektes.

Aber was soll denn eigentlich hinein ins Naturkundemuseum Bayern, welche Schwerpunkte wird es geben? „Wir wollen eine Evolution des bewährten Konzeptes Mensch und Natur, Wachstum auf bewährter Basis, aber auch Innovation und technischen Fortschritt“, meint dazu Haszprunar. „Dreimal B ist dabei die Eselsbrücke für die Funktionen: Bühne für die besten Stücke der mehr als 35 Millionen Exponate unserer Staatssammlungen aus Botanik, Zoologie, Paläontologie und Mineralogie. Naturkundliche Bildung für die gesamte Bevölkerung, d.h. alle Bildungs- und Altersschichten, das schließt Artenkenntnis, Umweltkunde und

Gesundheitserziehung mit ein. Ein Ort der Begegnung soll es werden, wo auch gesellschaftspolitisch umstrittene Themen wie die Wiederansiedlung großer Beutegreifer, Gentechnik oder Stammzellentherapie aufbereitet und diskutiert werden können“, schwärmt der Generaldirektor. Einigkeit besteht bei den Verantwortlichen, dass es klassische Abteilungen nicht geben wird, gefragt sind disziplinübergreifende Konzepte, um komplexe Zusammenhänge darzustellen und im wahrsten Sinne des Wortes „begreiflich“ zu machen. Dabei wird getreu dem Basiskonzept der Mensch im Mittelpunkt stehen. „Der Mensch aus Materie, der Mensch als Teil der Lebenswelt, aber auch der Mensch als Geisteswesen, als Nutzer und Forscher mit Verantwortung, das sollen die drei Hauptthemenbereiche des neuen Museums werden“, erläutert Dr. Apel.

Entscheidend wird es sein, bei Alt und Jung die Begeisterung für die Naturwissenschaften zu wecken, die Faszination der Forschung zu vermitteln, das Glücksgefühl beim Entdecken und Erkennen von Neuem auf die Besucher zu übertragen - vielleicht auch auf Sie?

Details zum Projekt sowie Angaben zu Spendenmöglichkeiten und Mitgliedschaften beim Förderkreis finden Sie im Internet unter: [www.namu-bayern.de](http://www.namu-bayern.de)



Seit 2008 ist der Braunbär JJ1 alias „Bruno“ im Museum zu sehen und zeigt, dass die Rückkehr großer Wildtiere auch Probleme mit sich bringt. Foto: Museum Mensch und Natur



Ein Museum mit allen Sinnen erleben – so wie hier in der Ausstellung „Nerven und Gehirn“. Foto: Museum Mensch und Natur

## Terminvorschau

### 16. Januar, München

Junge Unternehmer: Impulsvortrag von Elisabeth Kirsch, Geschäftsführerin Schule wirtschaft Bayern, Bereichsleiterin Wirtschaft im Dialog „Ökonomische Bildung stärken – SCHULEWIRTSCHAFT Bayern“

### 16. Januar, Rosenheim

Bezirk Rosenheim: Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender der Thüga AG und Präsident des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft; Ministerialdirigent Prof. Dr.-Ing. Josef Neiß, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie; Dr. Götz Brühl, Geschäftsführer der Stadtwerke Rosenheim; „Die Energiewende in Deutschland – Wo stehen wir? Wie geht es weiter?“

### 21. Januar, Fürth

Bezirk Mittelfranken: Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat; „Ein stabiles Bayern – Garant für Wachstum und Zukunft“

### 27. Januar, Amorbach

Bezirk Aschaffenburg: Betriebsbesichtigung der Odenwald Faserplattenwerk GmbH

### 4. Februar, Landshut

Bezirk Landshut: Ministerialdirigent Prof. Dr.-Ing. Josef Neiß, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie; „Energiewende“

### 12. Februar, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Johannes Weber, Gründer Social Venture Fund; Stephen Brenninkmeijer, Gründer Willows Investments; Dr. Bernhard Bueb, Dornier Stiftung, ehem. Leiter Schule Schloss Salem; Moderation: Joachim Graf von Arnim, Partner, Hartz, Regehr & Partner GmbH; „Wirtschaft in den Dienst der Gesellschaft stellen: Wie können Rendite und soziales Unternehmertum in Einklang gebracht werden und so nachhaltig unsere Zukunft sichern?“

### 18. Februar, Passau

Bezirk Passau: Franz Josef Pschierer, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

### 19. Februar, München

Bezirk München: „Münchner Wirtschaftstag“ mit Ilse Aigner, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, „Wirtschaftspolitische Anforderungen an die Kommune von heute – die Herausforderungen für die Kommunalpolitik Münchens“

### 26. Februar, München

Junge Unternehmer: „Werkstattbesuch Bayerischer Landtag“

### 19. März 2014, München

Ausschuss für Energie- und Rohstoffpolitik: Ilse Aigner, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, „Die Energiepolitik in der neuen Legislaturperiode“

### 24. März, Rothenburg

Bezirk Ansbach/ Westmittelfranken: Bundesminister a.D. Dr. Norbert Röttgen, MdB, Josef Göppel, MdB

### 27. Juni, Frauenchiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein Frauenwörther Gespräche

# Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

## 25. November 2013 – Bezirk Regensburg

Bayerisch-Böhmische Verkehrskonferenz in Regensburg unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden Prof. Dr. Claus C. Berg. Rd. 70 Teilnehmer aus Tschechien und Bayern diskutierten mit Experten aus beiden Ländern über den notwendigen Ausbau der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur. Im Gegensatz zur Straße sind vor allem die Schienenverbindungen mehr als 20 Jahre nach Beseitigung des Eisernen Vorhangs noch immer in einem unbefriedigenden Zustand. Die Vertreter aus der Region forderten dabei auch eine Ertüchtigung der Strecke Regensburg-Furth und W.-Pilsen.



## 26. November 2013 – Bezirk München

Georg Fahrenschon, Präsident Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V., referierte vor voll besetztem Auditorium im Bayerischen Hof über aktuelle Fragen der Bankenregulierung und die Ausgestaltung der geplanten Europäischen Bankenaufsicht. Bezirksvorsitzender Hans Hammer hatte ihn eingeladen. Hans-Georg Sultze, Rechtsanwalt und Mediator (im Bild rechts), ging ergänzend dazu auf die Rolle der Rating Agenturen und deren Regulierung ein. Fazit: noch viele Fragen offen!



V.l.n.r.: Bezirksvorsitzender Hans Hammer, Georg Fahrenschon, Hans-Georg Sultze

## 28. November 2013 – Arbeitskreis Wirtschaft und Kirchen

In einem weit gespannten Vortrag nahm Pater Eberhard von Gemmingen, Leiter der Spendenabteilung der deutschen Jesuiten und vormals Chef der deutschsprachigen Redaktion von Radio Vatikan, Stellung zu der Frage „Kann Papst Franziskus die Kirchenkrise meistern?“. Das Thema, ob es sich nicht mehr um eine Glaubenskrise als um eine Kirchenkrise handle, wurde von ihm ebenso aufgegriffen wie die unterschiedlichen Mentalitäten der Gläubigen in unterschiedlichen Teilen Europas und der Welt. Eine erste Einschätzung des jüngsten Lehrschriftens „Evangelii Gaudium“ des



V.l.n.r.: Prof. Dr. Martin Balle, Pater Eberhard von Gemmingen, Dr. Jürgen Hofmann

neuen Papstes kam hinzu. Unter der Leitung des Arbeitskreisvorsitzenden Prof. Dr. Martin Balle entwickelte sich anschließend eine intensive Diskussion mit den Teilnehmern.

## 28. November 2013 – Junge Unternehmer

Dass die Jungen Unternehmer in der Adventszeit zu einem gemütlichen Abendessen zusammen kommen, ist inzwischen Tradition. Diesmal traf man sich auf dem Parkdeck des Hotels Cristal. Leichter Schneefall, ein kleiner Wettkampf beim Eisstockschießen, heißer Glühwein und reichliches Fondue-Essen mit echtem Hüttenzauber brachte alle Teilnehmer in die richtige Vorweihnachtsstimmung.



2.v.l.: Kathrin Wickenhäuser, Geschäftsführerin des Hotels Cristal und neu gewähltes Vorstandsmitglied der Jungen Unternehmer

## 9. Dezember 2013 – Bezirk Regensburg

Zu einem gemeinsamen Weißwurstfrühstück von Mitgliedern des Bezirks Regensburg mit Landtagsabgeordneten aus der Region hatte Bezirksvorsitzender Prof. Dr. Claus C. Berg in den Bischofshof eingeladen. Wirtschaft und Politik vor Ort im Dialog. Eines der Hauptdiskussionsthemen: der Stand und die weitere Ausgestaltung der Energiewende.

## Fordern Sie das neue Positionspapier an!

Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Silke Wolf, Dr. Gerhard Tropp: „**Wirkungen und Nebenwirkungen der Niedrigzinspolitik**“

**Download unter:**

[http://www.wbu.de/pdf/positionen/2013\\_11\\_06\\_Positionspapier-Niedrigzinspolitik.pdf](http://www.wbu.de/pdf/positionen/2013_11_06_Positionspapier-Niedrigzinspolitik.pdf)

Wirtschaftsbeirat Bayern, Tel: 089-2422860, Fax: 089-291518, [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de), [www.wbu.de](http://www.wbu.de)



STOP

Lesen auf eigene Gefahr!

[www.weltbuch.com](http://www.weltbuch.com)